WP-1-856 Lebensgrundlagen erhalten

Antragsteller*in:	Cyrill Ibn Salem (KV Köln)
Status:	Zurückgezogen

Änderungsantrag zu WP-1

Von Zeile 856 bis 857 einfügen:
verarbeitenden Gewerbe untragbar sind, greifen wir hart gegen Ausbeutung durch und unterstützen bessere Arbeitsschutzvorgaben auf Bundes- und EU-Ebene. Um Landwirt*innen ein besseres Einkommen zu ermöglichen, setzen wir uns für ein Verbot des Verkaufs von Lebensmitteln unter ihren Produktionskosten auf Bundesebene ein. Die Einrichtung einer unabhängigen Ombudsstelle unterstützt dabei unser Vorgehen gegen unfaire Handelspraktiken im Lebensmittelmarkt und ermittelt objektive Daten über Preise und Produktionskosten.

Begründung

Landwirt*innen leiden unter der hohen Marktmacht der Verarbeitungsindustrie und der Einzelhandelsketten. Im Mai diesen Jahres wurde die europäische UTP-Richtlinie in nationales Recht umgesetzt, um unfaire Handelspraktiken gegenüber Landwirt*innen zu begrenzen. Die damalige Bundesregierung hat sich dabei auf Druck von uns Grünen für die Einrichtung einer unabhängigen Ombudsstelle, an die Landwirt*innen anonym ihre Beschwerden richten können, ausgesprochen, diese aber bis heute nicht eingerichtet.
Neben unfairen Handelspraktiken leiden Landwirt*innen unter dem enormen Preisdruck auf Agrarerzeugnisse, der ihnen regelmäßig die Existenzgrundlage entzieht. Um den Preisdruck entlang der Lieferkette zu dämpfen hat sich der Bundesrat[1] und wir Grüne[2] im Gesetzgebungsverfahren zur UTP-Richtlinie für ein Verbot des Verkaufs unter Produktionskosten ausgesprochen. Um Produktionskosten- und Preise im Lebensmittelmarkt im Blick zu behalten, sollte die Ombudsstelle laufend objektive Beobachtungswerte ermitteln.

[1] https://www.bundesrat.de/SharedDocs/drucksachen/2021/0001-0100/3-1-21.pdf;jsessionid=D8FDFD09BF9C598B06D56A471DC11DCD.2_cid339?__blob=publicationFile&v=1

[2] https://dserver.bundestag.de/btd/19/294/1929404.pdf

Unterstützer*innen

Alexander Volk (KV Köln); Petra Schmidt-Niersmann (KV Wesel); Martin Reiher (KV Köln); Ingrid Landau (KV Düsseldorf); Uta Wilms (KV Münster); Juli Scharffe (KV Münster); Renate Böhm (KV Düsseldorf); Marion Küke (KV Rhein-Erft-Kreis); Rahel Kellich (KV Köln); Sami Chakkour (KV Köln)